



**UNITED
FOR PEACE
UNITED
FOR PEACE
UNITED
FOR PEACE**

PES 10TH CONGRESS
12 & 13 JUNE 2015
BUDAPEST

Für eine starke, fortschrittliche weltweite Agenda Angenommen durch den SPE Kongress

Außenpolitik hat in der europäischen Debatte schon immer eine große Rolle gespielt, aber in den letzten Jahren haben eine Reihe von Herausforderungen sie noch weiter in den Mittelpunkt gerückt. Der plötzlich aufkochende Ukraine-Konflikt führte zu einem Klima der Konfrontation, wie es seit Zeiten des Kalten Krieges nicht mehr aufgetreten ist, und zu einer ernsthaften Störung der europäischen Friedensordnung. Alle Welt war überrascht, wie schnell sich der Konflikt zuspitzte und die Komplexität der Situation machte es oft schwer, eine ganzheitliche Antwort zu finden. Dies betonte nur noch zusätzlich, dass die Beziehungen zu unseren Nachbarn im Osten und zu Russland auf den Prüfstand gestellt werden müssen. Ebenso braucht die EU eine weltweite Strategie, um auf die Flüchtlingskrise im Mittelmeerraum reagieren zu können und das Schleusersystem zu bekämpfen, denn wir können nicht zulassen, dass das Mittelmeer zum Friedhof Europas wird.

Der Arabische Frühling Anfang 2011 hatte damals noch Anlass zur Hoffnung gegeben und verkündet, der Beginn des Übergangs zur Demokratie zu sein. Doch wenn wir uns die Region heute ansehen, bietet sich ein deutlich düsteres Bild. Der andauernde Konflikt in **Syrien** betrifft Tag für Tag Millionen Menschen, während in Libyen, im Irak und im Jemen Bürgerkriege und Stammeskämpfe wüten. Ägypten steht weiterhin vor politischen und sozialen Problemen. Der **Friedensprozess im Nahen Osten ist zum Erliegen gekommen**, während Vorschläge für friedliche Alternativen und eine Zwei-Staaten-Lösung ungehört verhallen. Die **brutale Macht von Gruppierungen wie dem Islamischen Staat (IS) und Boko Haram** hat, zusammen mit einer Zunahme von Terrorattacken und grausamen Taten islamistischer Extremisten im Irak und in Syrien, die ganze Welt schockiert. Tunesien bleibt eines der wenigen Länder, die einen Wandel zum Positiven vollziehen konnten. Aus der Sahelzone ist eine tickende Zeitbombe geworden, als Opfer blutiger Religionsfehden, bitterer Armut und schweren Dürren. Zunahme von Armut und Ungleichheit sind ein Teil der Ursachen dieser Probleme, die in einer enormen Migrationswelle in Richtung EU enden, in der Tausende ihr Leben verlieren. Das zeigt, dass Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe wichtige Werkzeuge in der Umsetzung eines gerechten europaweiten Konzepts in Fragen der Migrationspolitik sind.

Unterdessen sind auch die fortwährenden Debatten in Bezug auf den **Klimawandel** angesichts der Diskussionen hinsichtlich einer Diversifizierung der Energieversorgung und einer Zunahme extremer Wetterlagen, die oft genug Menschen zum

1



Verlassen ihrer Heimat zwingen, wieder in Gang gekommen. Dies ist auch zu einem zentralen Thema in den Diskussionen hinsichtlich der **Nachhaltigen Entwicklungsziele** geworden, die bis Ende dieses Jahres festgelegt werden sollen.

Dies ist ein entscheidendes Jahr für progressive Kräfte. In Hinblick auf sich verschiebende Bündnisse und unvorhersehbare Machtverhältnisse müssen wir unseren Platz in der Welt neu definieren und eine fortschrittliche Position einnehmen, die sich auf unsere Kernprinzipien Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter und sozialer Gerechtigkeit stützt. Die Sozialdemokratische Partei Europas und ihre Mitgliedsparteien spielen eine wichtige Rolle, wenn es darum geht, neue Bündnisse mit politischen Parteien und regionalen Netzwerken in aller Welt aufzubauen. Auf Fortschritt ausgerichtete regionale und globale Netzwerke bieten der PES nützliche Foren zur Unterstützung von progressiven Parteien in aller Welt. In dieser neuen, komplexen internationalen Umgebung bekennt sich die PES dazu, die Fähigkeit der EU zu stärken, eine zentrale Rolle in der Bewertung der weltweiten Lage zu spielen und ein wichtiger Akteur zu sein. Die Positionen der EU und der Hohen Vertreterin müssen eine wichtige Leitfigur in der Förderung der Ideale der Union und den Werten von Frieden, Gerechtigkeit und Demokratie überall auf der Welt sein. Wenn wir zusammenarbeiten, können wir die progressiven Kräfte darin unterstützen, einen positiven Einfluss auf die Entwicklung einer stabilen und effektiven Demokratie in ihren Heimatländern auszuüben. Die vor uns liegenden Herausforderungen können wir nur meistern, wenn wir mit einer starken und geeinten Stimme sprechen.

1. Eine diversifizierte Nachbarschaft in Europa und Erweiterungspolitik

Die Kernpunkte unserer Europäischen Nachbarschaftspolitik müssen Demokratie, Menschenrechte, Gleichberechtigung der Geschlechter und Rechtsstaatlichkeit sein. Doch um den Herausforderungen der heutigen Zeit begegnen zu können, müssen wir gleichzeitig auch die vielschichtigen und mannigfaltigen Gründe kennen, aus denen sie entstanden sind. Die Länder in Süd- und Osteuropa wurden durch ihre eigene Geschichte und sozioökonomischen Hintergründe geprägt, die sich auch auf ihr Verhältnis zu der EU auswirken. Daher wollen wir betonen, dass die Notwendigkeit besteht, **eine diversifizierte Herangehensweise zu entwickeln, die den Unterschieden zwischen den Ländern Rechnung trägt und maßgeschneiderte Instrumente bietet, eine sichere und florierende Nachbarschaft aufzubauen**. In der Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik sollte besonderes Augenmerk auf grundlegende Freiheiten, vor allem die freie Meinungsäußerung, Koalitionsfreiheit und das Recht, sich friedlich zu versammeln, gelegt werden sowie auf die Durchsetzung von wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechten.

Die EU muss auch weiterhin ein positiver Anziehungspunkt bleiben. Wir müssen die Reformen in den Ländern des westlichen Balkans aktiv unterstützen und ein Programm der sozialen Gerechtigkeit, universellen sozialen Absicherung und inkludierenden sozioökonomischen Entwicklung verfolgen. Zahlreiche Länder des westlichen Balkans sehen sich großen sozioökonomischen und strukturellen Problemen gegenüber, die den Eingliederungsprozess in die EU verzögern. Wir müssen unseren Nachbarn ein zuverlässiger Partner sein und denjenigen, die greifbare Fortschritte machen, greifbare Ergebnisse bieten. Die EU Erweiterungspolitik hat ihren Nutzen in der Vergangenheit bereits unter Beweis gestellt und ist nach wie vor eines der wichtigsten außenpolitischen Instrumente, das der EU zur Verfügung steht. Die EU sollte weiterhin entschlossen Beitrittsgespräche mit Mitgliedskandidaten führen, die der Union beitreten können, sobald sie die Kopenhagener Kriterien vollständig erfüllen. Die Chance auf eine Mitgliedschaft in der EU sollte auch weiterhin allen Ländern gegeben werden, die die europäischen Werte achten und leben.

Der Ukraine-Konflikt ist eine große Herausforderung für den Frieden und die Sicherheit auf dem europäischen Kontinent. Wir bestehen auf die vollständige Umsetzung der Minsker



Vereinbarungen und verlangen eine umfassende politische Lösung des Konflikts. Wir sind überzeugt, dass dieser Konflikt nur mit diplomatischen Mitteln gelöst werden kann, in Übereinstimmung mit internationalem Recht und vollständiger Achtung der territorialen Integrität, Einheit und Unabhängigkeit der Ukraine. Wir glauben fest daran, dass ein konstruktiver Dialog mit Russland notwendig ist und gehen davon aus, dass gerade dieser Dialog die Voraussetzung dafür ist, dass die Verpflichtungen, die Russland selbst zur friedlichen und nachhaltigen Lösung dieses Konflikts eingegangen ist, erfüllt werden. Alle Beteiligten müssen auf diese Lösung hinarbeiten. Auf lange Sicht gesehen ist eine dauerhafte Stabilität auf dem europäischen Kontinent nur durch Kooperation möglich. In der Ukraine muss ein ernsthafter Versöhnungsprozess begonnen werden, unter voller Berücksichtigung der Rechtsstaatlichkeit, der aktiv von der internationalen Gemeinschaft unterstützt wird. Versprochene Reformen in Bezug auf Korruption und Dezentralisierung müssen umgesetzt werden.

2. Frieden im Nahen Osten und im Mittelmeerraum

Heute stellt sich der Nahe Osten als ein fein verwobenes Netz aus sich verschiebenden geopolitischen Interessen dar, in dem zahlreiche religiös motivierte und andere Gruppen einen vielschichtigen Kampf um Macht und Einfluss führen, bei dem sie oft genug von ausländischen Mächten angetrieben werden. Die Macht des IS findet ihren Nährboden in bestehenden Spannungen, Unterschieden zwischen und innerhalb religiöser Gruppen, starken sozioökonomischen Ungleichheiten sowie zähen Konflikten und Unruhen im gesamten Nahen Osten.

Unglücklicherweise waren die jüngsten Versuche, den israelisch-palästinensischen Friedensprozess wieder in Gang zu bringen, nicht von Erfolg gekrönt. Das Fehlen einer Zwei-Staaten-Lösung und die schreckliche humanitäre Lage im Gazastreifen haben zu einer dauerhaften politischen Krise geführt. **Nichtsdestotrotz unterstützen wir weiterhin die Errichtung eines überlebendfähigen palästinensischen Staates gemäß UN-Resolutionen, der Seite an Seite mit einem sicheren und ungefährdeten Israel besteht.** Alle Anstrengungen, die die Hohe Vertreterin, Israel und Palästina unternehmen, um den Friedensprozess voranzutreiben, müssen willkommen sein.

Leider ist die Zypern-Krise immer noch ungelöst und das Scheitern des Annan-Plans hat von weiteren Lösungsversuchen abgeschreckt. Die EU sollte einen inkludierenden Dialog in Zypern unterstützen, damit eine für beide Seiten vollständig annehmbare Lösung erreicht werden kann.

Die Lage in Libyen stellt eine wesentliche Herausforderung für Sicherheit und Frieden in der Region und in Europa dar. Die internationale Gemeinschaft muss Libyen dabei unterstützen, eine politische Lösung für die Krise zu finden, damit eine unabhängige Regierung nationaler Einheit gebildet werden kann. Dies ist eine Voraussetzung dafür, der Gefahr, die Terrorismus und Radikalismus darstellen, entgegenzutreten zu können.

Wir glauben, dass der Zeitpunkt gekommen ist, an dem die EU eine größere Rolle im Nahen Osten übernehmen muss. Dass die EU in den Verhandlungen zum Nuklearabkommen mit dem Iran eine zentrale Rolle übernehmen konnte zeigt, dass sie das Potential hat, eine einflussreiche diplomatische Rolle in der Region zu spielen. Als Sozialisten und Demokraten sollten wir uns der zentralen Verstöße gegen die Rechte der Frauen annehmen und eine auf den Menschenrechten basierende Herangehensweise wählen.

Gemeinsam mit unseren Partnern und Verbündeten müssen wir an einer umfassenden Lösung arbeiten, die alle Schlüsselfiguren in der Region miteinbezieht. Wir müssen die Ära der Stellvertreterkriege hinter uns lassen, die nicht nur die Region, sondern auch Gebiete darüber hinaus destabilisieren, und müssen in einen strategischen Dialog treten. Die zahlreichen Bruchlinien, an denen sich die Akteure zum Schaden der unschuldigen einheimischen Bevölkerung mit entgegengesetzten Interessen gegenüberstehen, müssen unter einem neuen Dialog- und Kooperationsrahmen zusammengeführt werden, den die EU



innerhalb der internationalen Gemeinschaft fördern kann. Die Kernaspekte dieser Strategie für den Nahen Osten und Nordafrika sollten Menschenrechte und ein ausgeglichenes Konzept zur Bekämpfung von Terrorismus sowie ein ausgeglichenes sicherheitspolitisches Konzept sein.

Die in den 1990er Jahren gestarteten **Initiativen**, wie beispielsweise der Barcelona-Prozess und danach die Union für den Mittelmeerraum, haben nur überschaubare Ergebnisse geliefert, was zum Teil daran liegt, dass sich die Länder Europas in einer der größten Wirtschaftskrisen überhaupt gefangen sehen, die nun schon mehr als sieben Jahre andauert, und daran, dass die arabischen Länder nach dem sogenannten Arabischen Frühling tiefgreifende Veränderungen erlebt haben. Dennoch steht die SPE nach wie vor absolut hinter den Zielen dieser Initiativen und bestätigt nochmals, dass es notwendig ist, einen Raum für Kooperation und Dialog zwischen allen Ländern der Region zu schaffen, damit wir in der Lage sind, den globalen Herausforderungen, denen wir uns gegenüber sehen, gemeinsam zu begegnen. Wir müssen ein neues Konzept für die Mittelmeerpolitik der EU finden, in dem die Verantwortung gemeinschaftlich von allen getragen wird. So müssen wir den Beziehungen eine neue, multilaterale Dimension geben, die auf breiter Zusammenarbeit und Solidarität beruht und in der beide Anrainerseiten unter gleichen Voraussetzungen teilnehmen, damit eine Mittelmeer-Initiative entwickelt werden kann, die den Geist des Barcelona-Prozesses aufgreift und ihm neues Leben einhaucht.

Die Alternative, einfach so weiterzumachen wie bisher, ist weder vom taktischen noch strategischen Standpunkt aus länger akzeptabel.

3. Sicherheit, Verteidigung und Friedensstiftung

Die sich verändernden inneren und äußeren Bedrohungen, denen sich die EU gegenüber sieht, haben der Debatte über Sicherheit und Verteidigung neuen Schwung verliehen. Während es unerlässlich ist, dass unsere Bürgerinnen und Bürger in einer sicheren und friedvollen Umgebung leben, müssen wir gleichzeitig vorsichtig vorgehen, um unsere fundamentalen Rechte und Freiheiten nicht aufs Spiel zu setzen. Als Mitglieder progressiver Parteien müssen wir unser eigenes Programm vorstellen, das unsere Botschaft von Frieden und Menschenrechten mit dem Erfordernis einer sichereren Welt verbindet und unsere Prioritäten in den Bereichen Menschenrechte, Entwicklung, Sicherheit und Verteidigung auf eine Linie bringt. Wir müssen diejenigen, die Menschenrechte verteidigen, und die Menschen, die für Demokratie, soziale Gerechtigkeit und gegen Diskriminierung kämpfen, unterstützen. Die weltweiten Herausforderungen und Wirklichkeiten machen deutlich, dass die Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit zunehmend verwischen. Wir müssen einen umfassenden Rahmenplan für die gemeinsame Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU entwickeln, der sich an den humanitären und entwicklungstechnischen Schwerpunkten der EU orientiert.

Krieg, Konflikte und Instabilität betreffen Männer und Frauen. Und doch sind Frauen auf der Entscheidungsebene oft unterrepräsentiert und von Konfliktprävention, -management und -lösung ausgeschlossen. Besondere Aufmerksamkeit sollte Frauen gemäß der UN-Resolution 1325 zukommen, um ihre Rechte, Miteinbeziehung und Schutz zu garantieren, darunter auch den Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheitsversorgung und damit verbundener Rechte als Teil einer angemessenen Gesundheitsversorgung.

Wir müssen langfristige Strategien entwickeln und die Fähigkeit der EU, schnell zu handeln, stärken. Eine tiefere und effektivere Zusammenarbeit in Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, Zivilkonfliktprävention, Verteidigung und militärischen Fragen wird die EU darauf vorbereiten, nicht nur sich selbst zu verteidigen, sondern auch friedensbildende Bestrebungen in aller Welt zu unterstützen. Gleichzeitig sollten wir gewaltfreie Lösungen für zivile Konflikte vorziehen. Wir müssen die ersten Schritte hin zur schrittweisen Abrüstung machen und Restriktionen des internationalen Waffenhandels vorantreiben, um eine friedlichere Welt zu schaffen. Nachhaltige, soziale Entwicklung ist eine neue Bezeichnung für Frieden. In Hinsicht auf die Instabilität an Europas Grenzen sollten wir Vorsicht walten lassen



bezüglich unseres Exports von Waffen an andere Länder. Wenn es um Frieden, Sicherheit und Menschenrechte geht, sollte Europa nicht nur mit einer Stimme sprechen, sondern auch dementsprechend handeln. Das bedeutet, dass die Mitgliedsstaaten im Waffenverkauf einheitliche strikte Regeln befolgen sollten.

4. Starke globale Partnerschaften

Im schnellen Wandel der globalen Umgebung müssen wir unsere Partnerschaften mit verschiedenen Weltregionen ausbauen und gemeinsam geostrategische Szenarien entwerfen. Diese Partnerschaften müssen auf gemeinschaftlichen Werten, Wirtschaftswachstum, Zusammenarbeit in Sachen Sicherheit und fairem Handel errichtet werden. Wir wollen eine widerstandsfähige transatlantische Beziehung, um den zukünftigen globalen Herausforderungen zu begegnen. Außerdem sollten wir die Beziehungen zu **gleichdenkenden Partnern in Lateinamerika und der Karibik, den ASEAN-Ländern und der Afrikanischen Union stärken, indem wir sie in ihren regionalen Integrationsprozessen unterstützen.**

Vor allem in der **Sahelzone** müssen wir unsere Rolle ausbauen, damit wir ein Hauptpartner in wirtschaftlicher, menschlicher und demokratischer Entwicklung werden. Wir können nicht einfach tatenlos zusehen, wie eine ganze Region in einer Spirale aus Gewalt, Armut und religiös motiviertem Unfrieden untergeht. Wir müssen aus der Vergangenheit und den jüngsten Erfahrungen lernen und die Situation praktisch angehen, bevor sie unkontrollierbar wird und auf den gesamten afrikanischen Kontinent übergreift. Die Welt kann sich nicht noch eine Generation leisten, die in Verzweiflung aufwächst. Die Kernaspekte für unsere Aktivitäten auf dem Kontinent müssen die folgenden sein: verstärkte Zusammenarbeit und erhöhte Investitionen zur Armutsbekämpfung, Förderung von Bildung und Inklusion, allgemeiner Zugang zu Gesundheitsversorgung, Sexual- und Familienplanungsrechte für Frauen und Männer und das Bewahren von Sicherheit in benachbarten Ländern. Auch müssen wir sicherstellen, dass unsere Maßnahmen in der EU den ärmsten Menschen des Planeten keine Nachteile bringen, außerdem ist es höchste Zeit, dass die Ressourcen Afrikas seinen Bewohnerinnen und Bewohnern zugutekommen.

5. Nachhaltige Entwicklung

2015 ist ein wichtiges Jahr für internationale Entwicklung. Die UN wird eine neue Rahmenrichtlinie als Nachfolger der Millenniums-Entwicklungsziele (MDG) veröffentlichen. Die EU ist bereits der weltweit größte Geldgeber im Bereich Entwicklungshilfe. Aber in zahlreichen Ländern sieht sich die Unterstützung der Entwicklungshilfe zunehmendem Druck ausgesetzt. Es ist unabdingbar, dass die EU-Mitglieder zu ihrem Wort stehen, 0,7 % des BNE in offizielle Entwicklungshilfe zu investieren, um eine gerechtere, demokratischere und nachhaltigere Entwicklung in der Welt zu erreichen. Als Mitglieder progressiver Parteien werden wir eine wichtige Rolle in der Erarbeitung dieser nachhaltigen Entwicklungsziele einnehmen, die universell, ambitioniert, transformativ und inkludierend sein und ein wichtiges Ziel haben müssen – niemanden zurückzulassen. Gleichheit und Solidarität sind die Kernpunkte unserer progressiven, auf den Menschenrechten basierenden Botschaft. Achtung der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, einschließlich der weltweiten Abschaffung der Todesstrafe, ist das Hilfsmittel der EU, sich selbst als oberste Verfechterin der Menschenrechte zu etablieren. Außerdem sollten wir uns weiterhin hohe Ziele im Bereich der Frauenrechte und Gleichberechtigung der Geschlechter setzen. Während die UN Gleichberechtigung und Frauenrechte als eigenständiges Ziel als Teil der nachhaltigen Entwicklungsziele vereinbart hat, obliegt es uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sicherzustellen, dass die Gleichberechtigung der Geschlechter ein zentraler



Punkt aller nachhaltigen Entwicklungsziele ist und dafür ausreichende Finanzmittel zur Verfügung stehen.

Wir glauben fest daran, dass starke nachhaltige Entwicklungsziele, gestützt von erheblichen Mitteln, den Weg in eine bessere und gerechtere Welt bereiten können. Wir wollen ein gemeinsame globale Agenda vorantreiben, die **Ungleichheit verringert, den Klimawandel und das Problem der Klimaflüchtlinge bekämpft und allgemeinen sozialen Schutz fördert. Unsere konkreten Forderungen schließen die Unterstützung von Entwicklungsländern bei der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und illegalen Geldflüssen, Förderung eines neuen, positiven Migrationskonzepts und die Ausweitung des Konzepts zur allgemeinen Gesundheitsversorgung ein.** Aber in einer Agenda der progressiven Parteien geht es nicht ausschließlich um Hilfe. Es geht auch um fairen Handel, Förderung menschenwürdiger Arbeit und der gerechten und sicheren Nutzung von Rohstoffen. Nur wenn Menschen sich einen Lebensunterhalt verdienen können und die Natur respektiert wird, kann Wachstum nachhaltig sein.

